

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 1

Artikel: SP : deine Gemeindepolitik
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338212>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Richard Lienhard

SP — deine Gemeindepolitik

(oder: Sozialdemokratische Kommunalpolitiker aller Kantone, vereinigt Euch!)

Unserer Zeitschrift ist es aufgegeben, grundsätzliche Fragen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Richtung zur Diskussion zu stellen. Nun fällt aber auf, dass unsern Mitarbeitern Beiträge zu aussenpolitischen Themen leichter von der Hand gehen, während Meinungsäusserungen zu brennenden und umstrittenen Fragen der Innenpolitik seltener geworden sind. Zur gleichen Feststellung kommt man bei der Durchsicht anderer Monatschriften, handle es sich nun um solche inländischer oder ausländischer Provenienz. Welches auch die Gründe für diesen Trend sein mögen, so darf ihm die Schriftleitung unseres Blattes nicht einfach nachgeben. Gerade in unserer Zeit fehlt es an provozierenden Meinungsäusserungen zu Entwicklungen und Fehlleistungen in unserer Innenpolitik. Vor allem aber zeigt sich hierzulande, dass in den theoretisch orientierten Schriften die Gemeindepolitik zu kurz kommt. Diese Lücke zu schliessen, sollte gerade Aufgabe des «Profils» sein.

Zu diesem Zwecke bedarf es freilich nicht nur der Mitarbeit von Kommunalpolitikern und Funktionären der Gemeindeverwaltungen. Ich denke auch an Beiträge von Leuten, die ausserhalb der Verwaltung stehen, aber auf Grund ihres Fachwissens aus wohltuender Distanz Alternativen zur Kommunalpolitik zu formulieren vermögen. Dabei fällt mir zum Beispiel der Name des klugen Stadtplaners *H. Marti*, Zürich, ein.

Man mag dem entgegenhalten: wer auf dem Gebiet der Kommunalpolitik tätig ist, fühlt sich in der Regel dem Pragmatismus verpflichtet und ist schwerlich dazu zu bewegen, sich mit «Theorie» zu befassen.

Was aber heisst Theorie anderes als Vorausschau? Und gerade auf dem Boden der Gemeindepolitik ist Vorausschau nötiger denn je. Man denke vor allem an die Entwicklung unserer Städte. Die Stadt hat längst aufgehört, Ausdruck des Beharrenden zu sein. Sie ist nicht mehr ein Zustand, sondern ein Prozess.

Mit Pragmatismus allein lässt sich aber keine weitsichtige, auf Leitbilder angewiesene Kommunalpolitik führen. Vor allem dürfen sich sozialdemokratische Gemeindepolitiker nicht damit begnügen, lediglich Politik um die nächste Ecke herum zu betreiben und jeden Entscheid nur noch mit einem steten Seitenblick auf die jeweilige Stimmung im Gemeindevolk (lies Wähler) zu fällen. Das düstere Bild, welches *Alois Altenweger* unlängst in unserer Zeitschrift über «Die erloschene Gemeindepolitik¹» entworfen hat, ist leider keine Übertreibung, sondern harte Wirklichkeit. Mit der resignierenden Erkenntnis «Die Politik hat die Gemeinde verlassen» stiess er allerdings auf den Widerstand von *Martel Gerteis*, der mit rosarotem Optimismus forderte: «Jetzt an die Front der Gemeindepolitik, Ihr alle, die Ihr mühselig und beladen seid und den Stinker habt! Kämpft gegen den Elfenbeinturm der Verwaltung².»

Um aber gegenüber der Verwaltung und gar gegenüber einer städtischen Verwaltung antreten zu können, sollte man einiges wissen. So müsste man zum Beispiel eine Vorstellung von den Leitbildern einer Stadtentwicklung haben. Und gar von einem sozialdemokratischen Gemeindepolitiker erwartet man zu Recht, dass er grundsätzliche kommunalpolitische Probleme auch vom sozialistischen Gesichtspunkt aus zu beurteilen vermag. Hier möchte ich nun einhaken. Wie wäre es, wenn sozialdemokratische Kommunalpolitiker verschiedener Kantone ihre Erfahrungen in vermehrtem Masse gegenseitig austauschten? Und da scheint mir, dass unsere Monatsschrift wie geschaffen wäre für eine Art «Forum», wo kommunalpolitische Probleme grundsätzlicher Natur diskutiert werden könnten. Wenn in Zürich die Totalrevision der Gemeindeordnung an die Hand genommen wird (und dies mit einem Zeitaufwand von über drei Jahren), so dürfte es sicherlich die Kommunalpolitiker in Bern oder Basel interessieren, welches die zukunftssträchtigen Forderungen sind, welche in der betreffenden Vorlage ihren Niederschlag gefunden haben. Oder: Die Ergebnisse kommunalpolitischer Initiative, wie sie etwa von Stadtpräsident Dr. *R. Tschäppät* und Gemeinderat *Kurt Schweizer* in Bern entwickelt wird, wirken wie Zeitzündler und sollten deshalb auch für die Gemeindepolitik in anderen Städten verwertet werden. Und wenn die sozialdemokratische Fraktion des Gemeinderates der Stadt Zürich eine Motion betreffend Abänderung der Bauordnung zum Zwecke der Schaffung von Wohnzonen (etwas euphemistisch «Motion Lienhard» genannt) ausgearbeitet hat, so dürfte dies gerade für kommunalpolitisch interessierte Parteifreunde aus anderen Städten von Interesse sein. Solche Beispiele liessen sich beliebig vermehren. Auf diese Weise könnte unsere Zeitschrift als Orientierungshilfe für sozialdemokratische Kommunalpolitiker dienen. Dass sie auch als Diskussionsforum von

¹ «Profil» 1/1969.

² «Profil» 3/1969, «Gemeindepolitik durch die Funktionäre übernommen».

politischen Gegnern benützt werden dürfte, versteht sich von selbst. Unser Blatt soll ja nicht im Zeichen des Monologs, sondern des Dialogs stehen.

Die Aktualität eines solchen Unternehmens steht ausser Frage. Wir leben in einer Zeit, da der einzelne immer mehr von kommunalpolitischen Einrichtungen abhängig wird. Von der Entwicklung kommunalpolitischer Investitionen hängt weitgehend unser Wohlbefinden ab. Dank günstiger Rechnungsabschlüsse verfügen unsere Gemeinwesen über eine Finanzkraft, mit der sie an die grosszügigste Lösung neuer Gemeinschaftsaufgaben herantreten können. Unter der Voraussetzung, dass die Finanzkraft unserer Städte erhalten bleibt und dass alle wissenschaftlichen, technischen und rechtlichen Möglichkeiten für eine sinnvolle Stadtplanung ausgenützt werden, könnte man in Abwandlung eines Wortes von *Tage Erlander* sagen:

Die Gemeindedemokratie steht nicht an ihrem Ende, sondern an ihrem Anfang.

Dr. Paul Gartmann

Sozialdemokratische Alternative in der schweizerischen Steuerpolitik

Altvertraute Standpunkte – keine sozialdemokratische Alternative

Die Diskussion über die Bundesfinanzvorlage hat gezeigt, dass in bürgerlichen Kreisen altvertraute Standpunkte vertreten werden, die sich weder mit dem Ziel der Einkommens- und Vermögensumverteilung zugunsten der breiten Arbeitnehmerschichten noch den konjunkturpolitischen Anforderungen vertragen. Eine überzeugende sozialdemokratische Alternative fehlt, und es besteht sogar Gefahr, dass unsere Partei die Auseinandersetzung bei der Vorlage des Bundesrates nicht bestehen wird. Man kann dieser Vorlage zubilligen, dass sie in ihrem mittelfristigen Teil einige interessante Ansatzpunkte enthält. Unsere Partei wird sie sich merken und so geschickt vorgehen müssen, dass sie erhalten bleiben. Unsere Partei wird die Prüfung nur bestehen, wenn sie im Hintergrund ihres Vorgehens eine langfristige und geschlossene Konzeption bezüglich der schweizerischen Steuerpolitik hat und sich nicht wie üblich damit begnügt, die Progression ein wenig zu verschärfen, sehr niedrigen Einkommen die verdiente Entlastung zu geben und dafür besorgt zu sein, dass ein «sozial» erwünschtes Verhältnis der indirekten zu den direkten Steuern besteht.